Es dürfte auch uns viel leichter als der KPD fallen, die Betriebe zu erobern auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unseres gut ausgebauten Propagandaapparates. Also Pg., auf in den Entscheidungskampf 1932! Laßt uns kämpfen und der Sieg ist unser!

Aus diesen vertraulichen Richtlinien der NSDAP geht nicht nur hervor, auf welche Art und Weise der neue Angriff auf die Betriebe geführt werden soll, sondern vor allem wird hier die Rolle die die NSDAP im Auftrage der Unternehmer spielt, **ganz offen dargestellt.** Der sogenannten nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation werden zwei Hauptaufgaben gestellt, erstens die **Schaffung von Streikbrechergarden** und zweitens **die Vorbereitung und Organisierung des Mordes an Arbeitern und Funktionären der Arbeiterschaft.** Entsprechend diesen Aufgaben soll die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation **ein enges Zusammenarbeiten mit dem Unternehmer herbeiführen und dafür sorgen, daß immer mehr Nazis als Streikbrecher in den Betrieb eingereiht werden.**

Den Lohnsenkungsaktionen der Unternehmer versprechen die Nazis dafür das **„größte Verständnis"** entgegenzubringen, das heißt, sich nicht nur jedem Lohnraub unterwerfen, sondern bei **einem Streik der Arbeiter als Streikbrechergarden in Tätigkeit zu treten.** In enger Verbindung damit steht die Rolle der sogenannten nationalsozialistischen Betriebsorganisation als **Organisatoren des planmäßig vorbereiteten Arbeitermordes.** Deswegen soll eine systematische **Bespitzelung der klassenbewußten Arbeiter und ihrer Funktionäre, die Sammlung von Adressen und die Beschaffung von Photos betrieben werden.** Der organisierte Arbeitermord, der jetzt bereits von den Nazis in den Ortschaften, in den Straßen und Arbeiterwohnvierteln ausgeübt wird, soll nun auch in die Betriebe hineingetragen werden.

Dieser umfassende Anschlag der Nationalsozialisten auf die Betriebsarbeiterschaft, der Plan zur Organisierung der nationalsozialistischen Streikbrechergarden und Mordkolonnen wird von uns zur rechten Zeit enthüllt. Der Ausgang der **Severing-Aktionen,** die damit endigten, daß trotz der nachgewiesenen **Zusammenziehung schwerbewaffneter SA-Truppen am 13. März gegen die Nazis nichts unternommen wurde,** hat der Arbeiterschaft gezeigt, daß sie sich gegen den Mordterror und die Mordpläne der Nazis **nur durch eigene Kraft schützen kann.** Das von uns veröffentlichte Dokument der Reichsleitung der NSDAP muß dazu führen, **daß in jedem Betrieb unter Führung der KPD und der RGO die rote Einheitsfront zum Kampf gegen den Streikbrecher- und Mordfaschismus sowie gegen die Lohnraubpläne der Unternehmer errichtet wird.** Die Arbeiter werden diesen Kampf erfolgreich führen, wenn sie sich **freimachen von dem Einfluß der SPD-Führer und der Gewerkschaftsbürokratie,** die selbst an der Seite des Unternehmertums stehen und mit „Eisernem-Front"-Schwindel die Arbeiterschaft vom wirklichen Kampf gegen den Faschismus ablenken wollen. Jeder Arbeiter muß aus dem Ausgang der Severing-Aktion gegen die Nazis, über die wir **am Montag aufsehenerregende Enthüllungen bringen werden,** die Lehre ziehen, daß die Politik der SPD nur zur Stärkung der nationalsozialistischen Mordorganisationen beiträgt. Deshalb:

Errichtet in jedem Betrieb die Kampffront gegen die Kapitalodiktatur und den Mordfaschismus unter Führung der KPD und der RGO!

Schafft in jedem Betrieb gemeinsame Schutzstaffeln gegen den nationalsozialistischen Mordterror!

Errichtet die rote Einheitsfront zum Kampf gegen die Lohnraubpläne der Unternehmer, die von der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und den Streikbrechergarden Hitlers gemeinsam unterstützt werden!

Kämpft unter Führung der KPD und der RGO für die Verbesserung eurer Lebenshaltung, für Arbeit und Brot! Legt am 10. und am 17. April ein Bekenntnis für den proletarischen Klassenkampf ab! Stimmt für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann! Beteiligt euch am roten Volksentscheid gegen die Schiek-Regierung!

Gesteigerte Kriegsproduktion in Sachsen

Nachdem wir gestern über neue Kriegstransporte berichtet haben setzen wir unsere Enthüllungskampagne heute fort.

Wie unser Chemnitzer Bruderorgan, „Der Kämpfer", mitteilt, wird bei der Firma Franz Langer in Gruna **Stacheldraht hergestellt. Dieser Betrieb, der bis Weihnachten unter Auftragsmangel litt, arbeitet jetzt in zwei Schichten.** Die Verwendung des Stacheldrahtes für Kriegszwecke geht daraus hervor, daß die erhöhte Produktion zum selben Zeitpunkt einsetzte, als die kommunistische Presse die ersten Meldungen über **japanische Militärkommissionen** brachte.

Am Donnerstag, dem 21. März, wurden **zwei Textilbetriebe in Lichtenstein-Callnberg** von einer Kommission besichtigt und Vermessungen vorgenommen. Es handelt sich um die Betriebe Alrowa mit 500 und Kaufmann mit 300 Mann Belegschaftsstärke.

Die Kommission bestand aus vier Polizeibeamten, dem Bürgermeister sowie seinem Stellvertreter, dem Betriebsleiter der betreffenden Betriebe und vier fremdsprechenden Herren.

Es handelt sich zweifellos um eine **Prüfung der Betriebe auf Verwendung bzw. Umstellung auf Kriegsproduktion.** Beide Fabriken haben von 1914 bis 1918 nur Kriegsmaterial geliefert.

In Falkenstein wird in allen dort befindlichen Textilbetrieben **auffällig viel Verbandsmaterial hergestellt,** welches allem Anschein nach für Kriegszwecke Verwendung finden soll.

Kriegslieferungen aus dem Reich

Nach Mitteilungen von Arbeiterkorrespondenten sind im **Kokereibetrieb der Zeche „Sachsen" im Ruhrgebiet seit einer Woche drei Schichten eingelegt worden.** Es wird gemischter Ammoniak hergestellt und nach dem Ausland verladen. Nach Auffassung der Belegschaft kann es sich nur um Material zur Herstellung von Sprengstoff handeln.

Wie Arbeiterkorrespondenten aus Gevelsberg bei Wuppertal berichten, stellt die Firma H. Dahlmann mit Hochdruck **Pionierspaten** her, die als **„Hauer"** signiert nach Hamburg geschickt werden. **Die Verzollung wurde in Gevelsberg übernommen.** Diese Sendung von „Pionierspaten" soll nach Japan abgegangen sein.

Die Kokerei Thyssen 3/7 liefert seit längerer Zeit Ammoniak nach Hongkong. An einem Tage wurden 38 Waggons abgeschickt. Die Produktion wurde in den letzten Tagen noch verstärkt. Es wird **in den letzten Lieferungen starker Explosivstoff vermutet, da alles doppelt verpackt wurde.** Die Sendungen gehen mit der Eisenbahn nach Rotterdam und tragen chinesische **bzw. japanische Aufschriften.**

Diese Meldungen müssen **Alarmsignale** für die gesamte **sächsische Arbeiterschaft sein, noch stärker als bisher die Rüstungsbetriebe unter die Lupe zu nehmen** und darüber der Kommunistische Presse zu berichten. Es darf aber nicht bei der bloßen Enthüllung bleiben. **In allen Betrieben, die Kriegsmaterial herstellen, muß die Arbeiterschaft geschlossen zum Kampf rüsten.**

Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ist die schärfste Waffe der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg.

In jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle muß die geschlossene Teilnahme der Belegschaft und der Erwerbslosen an der Antikriegsdemonstration am 6. April beschlossen werden.

Heraus zum Antikriegstag am 6. April!
Für den Schutz der chinesischen Revolution!
Für die Verteidigung der Sowjetunion.

Aufsehenerregende Enthüllungen!

Die „Eiserne Front" bestochen

Die Lohnräuber Krupp, Klöckner, Duisberg u. Co. finanzieren die Hindenburg-Wahlpropaganda der SPD!

Berlin, 2. April. Aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren wir: Anläßlich der Anwesenheit des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, des Herrn **Krupp von Bohlen und Halbach,** in Berlin, fand eine interne Besprechung führender Personen des sogenannten **Sahm-Ausschusses** mit den Vertretern der bezirklichen Hindenburg-Ausschüsse unter Anwesenheit namhafter Führer der **„Eisernen Front"** über die Finanzierung der Propaganda des zweiten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl statt. Es wurde beschlossen, daß die finanzkräftigen Mitglieder und Anhänger des Hindenburg-Ausschusses, die Herren von Krupp, von Siemens, Borsig, Klöckner, Duisberg usw., über den Weg des Sahm-Ausschusses und der Hindenburg-Ausschüsse **ausreichende Geldsummen** an die „Eiserne Front" zur Finanzierung der Wahlpropaganda abführen sollen.

So wird die Sozialdemokratie von der Großindustrie bestochen! Die SPD-Proleten sollen das Propagandamaterial der Großagrarier für den Stahlhelmgeneral verteilen. Unser Berliner Gewährsmann erinnert uns daran, daß bereits unmittelbar nach dem ersten Wahlgang die Börsen- und Chemiekreise dieser finanzielle Unterstützung für die „Eiserne Front" empfahlen. So schrieb z. B. bereits am 15. März das Berliner Tageblatt:

„Die größte Zuversicht darf man auch hier (zweiter Wahlgang) auf die Tätigkeit der „Eisernen Front" setzen. Sie hat in den knapp zwei Wochen, die ihr vor dem ersten Wahlgang zur Verfügung standen, alles getan, was sich erreichen ließ.. Allerdings müssen der Eisernen Front jetzt in viel stärkerem Maße die Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, die sie für ihre Arbeit braucht." (!)

Das schreibt ein **Börsenblatt,** hört ihr es, ihr SPD-Proleten! Das BT bestätigt nur die obige Geheimsitzung und die Tatsache, daß bereits im ersten Wahlgang **großindustrielle Gelder** an die „Eiserne Front" gezahlt wurden.

Betriebsarbeiter, Erwerbslose und Gewerkschaftler der „Eisernen Front", eure Führer sind **bestochen** vom Großkapital, von Krupp, Klöckner, Duisberg und Co.! Wollt ihr die Flugblätter der Schwerindustrie treppauf, treppab tragen, die Flugblätter, die mit Lohnraubgeldern finanziert wurden? **Nein, niemals!** Kämpft mit uns in der **roten Einheitsfront** gegen die Kapitalistenclique, gegen die bestochenen Führerlubjekte, kämpft **mit uns gemeinsam** gegen die Hindenburg-Front der Großagrarier! Kämpft mit uns, mit Ernst Thälmann, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Frechekriegsprovokation der SPD-Presse

Gegen die Sowjetunion. Im Dienste der imperialistischen Kriegstreiber

Am Mittwoch veröffentlichten wir die Resolution des Zentralkomitees unserer Partei, in der mit bolschewistischer Selbstkritik die Lehren des ersten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl gezogen werden. Wir Kommunisten üben unsere Selbstkritik vom Standpunkt der **höheren** revolutionären Aufgaben, die wir **uns selbst** in jedem Kampfe und auch in der außerparlamentarischen Führung der Wahlkampagnen stellen. Wir überprüfen die Durchführung unserer revolutionären Politik. Wir legen offen vor der gesamten Partei und der Arbeiterklasse die Mängel klar, um **noch besser, schlagkräftiger** und **erfolgreicher** gegen die Kapitalistenklasse, gegen die Sozialdemokratie als ihrer sozialen Hauptstütze und gegen die Hakenkreuzbanden des Finanzkapitals vorstoßen zu können. Die revolutionäre Selbstkritik ist ein wichtiges kollektives Erziehungsmittel, wie sie nur eine **bolschewistische Partei** kühn und entschlossen anwenden kann.

In der Entschließung unseres Zentralkomitees heißt es zur Anwendung der Selbstkritik in unserer Parteiarbeit:

„Die Feststellung dieser Mängel schwächt keineswegs die Tatsache ab, daß die Partei schon im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen teilweise erfolgreich abgeschnitten, ihren stetigen Vormarsch fortgesetzt, ihre Position innerhalb der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gefestigt und erweitert hat."

Es bleibt der Volkszeitung vorbehalten, vorgestern in einem niederträchtigen kriegshetzerischen Artikel, der eine einzige Beschimpfung der Sowjetunion darstellt, die Entschließung unseres Zentralkomitees als „Katzenjammer" zu bezeichnen. Die sozialdemokratischen Führer, die mit Hangen und Bangen um die Rettung ihrer Ministersessel am 24. April bemüht sind, werden bald die **Folgen** unserer revolutionären Selbstkritik in **unserem verschärften Angriff an allen Fronten des proletarischen Klassenkampfes** zu spüren bekommen. Wir wissen, daß wir die Kapitalsdiktatur mitten ins Herz treffen, wenn wir ihre sozialfaschistische Agentur schlagen, wir wissen, daß wir den Hitlerfaschismus durch die proletarische Millionenkraft hinwegfegen werden, wenn wir seine sozialfaschistischen Schrittmacher schlagen, — und die Millionen Anhänger des Kommunismus werden mit verbesserten Methoden und verstärkter Kraft in diesem Sinne für unsere revolutionäre Freiheitspolitik kämpfen!

Das Wichtigste am vorgestrigen Artikel der Volkszeitung ist aber die offene Enthüllung der **Rolle der deutschen Sozialdemokratie** als einer Partei der schamlosen Kriegsprovokation gegen die Sowjetunion. Nach der Volkszeitung ist es nur eine „Ablenkung von den Dingen in Deutschland", wenn „etwas von einer akuten Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem ostasiatischen Konflikt erzählt" wird. Die Alarmierung über die Kriegsgefahr sei nur „Märchen". Dann ergreift die Volkszeitung mit folgenden **provokatorischen** Behauptungen die Partei der kriegsvorbereitenden Imperialisten:

„Die gläubigen Kommunisten brauchen natürlich nichts davon zu wissen, wie die Sowjetregierung in der Frage des neuen mandschurischen Staates, in der Frage von Truppentransporten auf der ostchinesischen Eisenbahn vor den japanischen Imperialisten auf die Knie gesunken ist (!) sie dürfen nichts davon hören, daß die Sowjetregierung beschuldigt wird (!), Geheimverträge mit japanischen Imperialisten auf Kosten Chinas abgeschlossen zu haben."

Die Volkszeitung macht also der Sowjetmacht einen **Vorwurf** daraus, daß sie auf die Bildung des neuen mandschurischen Staates und die Benutzung der Ostchinabahn zu Truppentransporten durch den japanischen Imperialismus **nicht** mit Kriegsmaßnahmen geantwortet hat. Der provokatorische Charakter dieses Vorwurfs ist klar: Die Volkszeitung wirft der Sowjetunion **ihre Friedenspolitik gegenüber** den japanischen Vorstößen vor. Welches Geschrei hätte die Volkszeitung angestimmt, daß die Sowjetunion der „Friedensstörer" sei, wenn sie auf die japanischen Provokationen mit kriegerischen Maßnahmen geantwortet hätte!

Die ganze Stellungnahme der Volkszeitung geht natürlich von dem **Bemühen aus, dem ernsthaften Kampf unter der Führung der Kommunistischen Partei zur Verhinderung von Kriegsproduktion und Kriegstransporten entgegenzuwirken.** Die sozialdemokratischen Streikbruchführer haben bei der Vorbereitung des Krieges und im Kriege die Aufgabe, Streiks in den Kriegsbetrieben zu verhindern.

Wie die deutsche Sozialdemokratie im Kriege zu Hindenburg ging, wie sie 14 Jahre lang die deutsche Arbeiterschaft knebelte, entrechtete, ihrer Novembererrungenschaften beraubte, die Notverordnungsdiktatur unterstützte und dem Hitlerfaschismus den Weg ebnen half — so wird die SPD auch mit allen Parteien der zweiten Internationale **in dem unmittelbar drohenden Interventionskrieg gegen die Sowjetunion handeln.**

Wir Kommunisten sind die einzige wahre Friedenspartei, indem wir die deutschen Arbeiter und alle Werktätigen in Stadt und Land mobil machen zur Verteidigung der **einzigen Friedensmacht der Welt, der Sowjetunion,** und indem wir den imperialistischen Kriegsverschwörern den revolutionären Krieg erklären. Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen **für Ernst Thälmann, dem Kandidaten unserer sozialistischen Friedenspolitik, und bei dem roten Volksentscheid** rufen wir nicht nur zur Abgabe von Stimmzetteln, sondern **zum revolutionären Kampfbekenntnis durch die praktische Tat des Massenkampfes gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung!**

Sowjetrußlandhetze der Volkszeitung geht weiter!

Wir antworten am Dienstag, dem 5. April, 20 Uhr, im Keglerheim:

„Hungerunruhen in Sowjetrußland"

Darüber sprechen der Rußlanddelegierte Göhler und der ehemalige Naziführer, Genosse Fraedrich

Kampf gegen neuen Lohnraub

Frecher Schwindel der Lohnabbau-Bürokratie — Bankrott des „Preisabbaus" — Ernst Thälmann bedeutet: Widerstand gegen Unternehmerraubschläge!

Schon jetzt haben die Unternehmerverbände Hunderttausenden von Arbeitern die Tarife zum 1. und 31. März gekündigt. Die Führer des ADGB versuchen mit heuchlerischen Erklärungen die sich ständig steigernde Empörung der Arbeiter- und Angestelltenmassen über den bevorstehenden Lohnabbau hinwegzutäuschen. Mit keinem Wort ist in der Versprechung des ADGB die Frage der Organisierung des Widerstandes gegen den neuen Lohnabbau berührt worden.

Im Vorwärts vom 31. 3. wird nachgerechnet, daß der Lohnabbau der vierten Notverordnung, den die Gewerkschaftsführer unterstützt haben, 12 Prozent und der „Preisabbau" nur etwa die Hälfte betrage. Schon diese Feststellung bestätigt den total en Bankrott des sozialfaschistischen Schwindels vom Preisabbau. Aber in Wirklichkeit sind im letzten Vierteljahr mit Hilfe der Notverordnungspolitik der Brüning-Severing die Löhne und Gehälter bis zu 20, 25 und 30 Prozent gesenkt worden!

In der Mitteilung der Gewerkschaftsführer wird „die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber der Regierung und Arbeitgebern zu stellen haben." Bei Beginn der vierten Notverordnung schrieben Vorwärts und die Gewerkschaftsführer, daß ab 30. April wieder für Verbesserung der Löhne gekämpft werden müsse. Jetzt stellen die Gewerkschaftsführer die abgebauten Löhne als „Mindestforderung", um hinter diesem dreisten Wahlschwindel zu verbergen, daß sie auch den neuen Lohnabbau unterstützen und gegen jeden Kampf unter der Führung der RGO sicherlich handeln werden.

Die Kommunistische Partei und die RGO machen gegen den neuen Anschlag auf den Lohn mobil. Sie organisieren auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront in den Betrieben den selbständigen Widerstand gegen jeden Lohnabbau.

Wer Hindenburg und Hitler wählt, der wählt einen Kandidaten der Bourgeoisie, die erneut die Löhne und Gehälter abbauen will.

Die Wahl Ernst Thälmanns, des roten Kampfkandidaten, bedeutet Aufrüttelung der Betriebe zum Widerstand gegen den neuen Lohnabbau, zum Kampf für bessere Löhne, zum Kampf gegen das ganze kapitalistische Elend, für Sozialismus und Freiheit!

Tarifkündigungen in Leipzig

Leipzig, 1. April. (Eig. Meldung)

Die Metallindustriellen haben den Lohntarif zum 30. April gekündigt. Der Leipziger Rat kündigte den Tarif der Gemeindearbeiter und das Lohnabkommen für das Krankenhauspersonal.